

## **MEDIENKONFERENZ VOM 9. SEPTEMBER 2010**

---

Experten begründen ihr NEIN zur AVIG-Revision

### **Plädoyer für eine nachhaltige Sanierung**

**Walter Schmid, Präsident der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS)**

Die Arbeitslosenversicherung (ALV) ist finanziell aus dem Gleichgewicht geraten', schreibt der Bundesrat in den Erläuterungen zur Volksabstimmung vom 26. September 2010. Er schlägt nun mit der 4. AVIG-Revision eine Mischung von Minderausgaben und Mehreinnahmen vor. Um gut 600 Millionen Franken sollen die Leistungen jährlich gekürzt, im Gegenzug die Einnahmen um einen ähnlichen Betrag erhöht werden. So sollen über die nächsten 17 Jahre die aufgelaufenen Schulden der Kasse abgebaut werden.

Was vordergründig als ausgewogene Vorlage beschrieben wird, verkennt zunächst die Ursachen des heutigen Defizits und der Schulden. Diese sind aufgelaufen, weil 2003, bei der letzten Senkung der Prämien von 3 auf 2 Prozent, zu optimistische Annahmen über die langfristige durchschnittliche Arbeitslosigkeit getroffen wurden. Man hatte damals (absichtlich oder irrtümlich) angenommen, diese betrage rund 100'000 Personen im Jahr. Diese unrealistische Annahme bot die politische Legitimation, die Prämien zu senken. So sind selbst in den guten Jahren der Hochkonjunktur Schulden angewachsen, die dann mit der jüngsten Rezession zu einem Berg geworden sind. Dabei wurde der altbewährte Grundsatz verletzt, wonach die Arbeitslosenversicherung in Krisenzeiten jeweils Schulden machen darf, diese aber bei der nächsten Hochkonjunktur wieder abgebaut werden müssen. Kurz: Wir haben in den letzten Jahren die Arbeitslosenversicherung vernachlässigt und nicht die erforderlichen Prämien bezahlt.

Dieses Verhaltensmuster setzt sich mit der neuen Revision fort. Selbst bei Annahme dieser Vorlage wird die Arbeitslosenversicherung weiter destabilisiert. Die sehr geringfügige Erhöhung der Prämien um 0,2 Prozent und der Solidaritätsbeitrag wird nach den heutigen Annahmen erst 2028, also in 18 Jahren, zu einer Entschuldung der Versicherung führen. Dieser Zeithorizont widerspricht dem bewährten Grundsatz des Schuldenabbaus innerhalb eines Konjunkturzyklus. Die Gefahr ist gross, dass es in dieser Zeit zu weiteren Rezessionen kommt, welche die Entschuldung der Versicherung in weite Ferne rückt. Die bisher gesunde und nachhaltig finanzierte Arbeitslosenversicherung wird damit dem Risiko einer dauernden Unterfinanzierung und damit einer dauernden Überschuldung ausgesetzt. Neben der IV wäre sie dann das zweite grosse Sozialwerk, das nur durch dauernde Einschränkungen der Leistungen und des Kreises der Bezugsberechtigten saniert werden könnte. Die unzulängliche Bereitschaft, die ALV nachhaltig zu finanzieren, wird nicht nur jene Personen treffen, welche mit der vorliegenden Vorlage von Leistungen ausgeschlossen werden, sondern die Arbeitslosenversicherung in den Würgegriff dauernder Überschuldung nehmen.

Wieso ein Nein? Dank einer weisen Gesetzesbestimmung ist der Bundesrat angesichts der heutigen Überschuldung der ALV bereits Ende Jahr verpflichtet, die Prämien in eigener Kompetenz nicht nur um 0,2, sondern um 0,5 Prozent zu erhöhen. Damit wird mindestens bis zur Erarbeitung einer neuen Vorlage mehr Geld in die Arbeitslosenkasse fliessen. Dies trägt zu einer rascheren Sanierung bei. Wer Nein stimmt, stimmt einer Stärkung der ALV zu. Aus fachlicher Sicht ist die Leistungsseite der Arbeitslosenversicherung nicht Tabu. Es ist durchaus angezeigt, auch diese kritisch zu beleuchten. Hier kann es jedoch nicht darum gehen, einfach einzelnen Personengruppen den Zugang zur Arbeitslosenversicherung zu verwehren oder die Bezugsdauer zu kürzen. Wichtig wäre es, auf dem seit 15 Jahren erfolgreichen Weg fortzufahren und die Wirksamkeit der Arbeitsvermittlung und der Arbeitsintegration zu verstärken. Damit lassen sich nicht nur Menschen wieder rascher zurück in die Arbeit führen, was das primäre Ziel der Versicherung ist, sondern auch am meisten Kosten sparen. Zudem wären die Übergänge zwischen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe neu zu konzipieren, welche heute nicht optimal ausgestaltet sind. Die Aussteuerung allein ist keine adäquate Lösung.